



KOBLENZER KOMMUNALWAHL 2024

FRAGEBOGEN ZUR KOMMUNALEN KLIMASCHUTZPOLITIK DER PARTEIEN

Allgemein | Grundsätzliches

1. Was plant Ihre Partei, damit der Klimaschutz zum wichtigsten Thema in Koblenz wird?

Für uns ist es wichtig aufzuzeigen, wann lediglich „Greenwashing“ betrieben wird. Alle Parteien und der Stadtvorstand wissen, mit ökologischen Projekten können sie punkten. Aufzuzeigen, wo es reine Marketing-Aktionen sind, erhöht den Druck, wirklich etwas für den Klimaschutz beizutragen. Das alleine reicht aber nicht. Wir fordern die Verschärfung des Klimanotstands und eine entsprechende Evaluation. Ein Beispiel dafür kann ein Strafkatalog für Klimasünden für die Stadt Koblenz sein. Und damit meinen wir direkt für die Verwaltung und den Stadtvorstand. Geltung hätte so ein Strafkatalog bei beispielsweise Entscheidungen, die eine Aufhebung der Photovoltaik-Pflicht auf den Dächern von einem Gewerbe-Unternehmen mit sich bringen – hier sollte die Stadt auch direkte größere Kompensations-Maßnahmen ausüben müssen.

a) Welche Bedeutung messen Sie dem Klimaschutz bei?

In unserem Grundsatzprogramm der Partei ist beschrieben, dass die Ausrichtung der Linken auf drei Säulen basiert, eine davon ist der Umweltschutz. Ohne Klimaschutz hat die Erde keine Zukunft.

b) Mit welchen Hindernissen, Risiken und Herausforderungen rechnen Sie?

Mit komplexen Blockaden. Zum einen haben wir rechtsextreme Kräfte, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. Wir sehen uns auch bürgerlichen und konservativen Positionen gegenüber, denen die jetzigen Maßnahmen schon zu weit gehen, bis hin zu ökologischen Positionen, die aus unserer Sicht die soziale Komponente vernachlässigen. Uns ist es wichtig, dass jeder Mensch, unabhängig vom Einkommen, ein Anrecht auf einen neutralen Klimaabdruck hat. Zudem müssen wir weiterhin der Verwaltung und dem Stadtvorstand verdeutlichen, dass ihre Bemühungen, anders als ihre Aussagen, eben nicht ausreichend sind.

c) Wie wollen Sie damit umgehen?

Wir arbeiten mit ökologischen NGOs zusammen und bieten kommunalpolitische Partizipation. Im Umweltausschuss zum Beispiel sitzt für uns eine Expertin, die nicht Mitglied der Linken ist. Wir möchten vor allem in den Fachausschüssen mehr Fachwissen. Die Klimaschutzkommission muss mehr Möglichkeiten bekommen. Wir hatten sie damals eingeführt, damit sie eine ökologische Kreativschmiede für die Stadt wird. Dieses Ziel konnten wir nicht im gewünschten Maß erreichen. Unser Ziel ist es aber, gemeinsam für die sozio-ökologische Transformation zu kämpfen und nicht eine unabdingbare Parteinneutralität im kommunalen Umweltschutz. Wie das gelingen kann, muss gemeinsam erarbeitet werden.

Für uns als Linke ist zudem wichtig, dass wir nicht Umweltschutz vom Schreibtisch aus bewirken wollen. Wir streben, wie in der Vergangenheit, an, eine stabile Partnerin bei Demonstrationen, Aktivismus und wirksamer Öffentlichkeitsarbeit zu sein.



2. Wie sieht die Strategie Ihrer Partei für Ihre Klimaschutzziele aus?

Unsere Strategie beinhaltet im besonderen Maße die soziale Komponente. „system change, not climate change“ – das heißt für uns: ohne Kapitalismuskritik, ohne die Kritik an ein ständiges Mehr an Ressourcenausbeutung, Mehr an Gewinn und Mehr an ungerechter Verteilung, ist aus unserer Sicht keine nachhaltiger Klimaschutz zu bewältigen. Und auch nicht durch mehr Waffen.

Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Produktion und Anbau mit gerechter Verteilung, mit Löhnen, von denen man leben kann sowie mit einer Orientierung an Tierschutz sind für die Ursachenbekämpfung unabdingbar. Wir betonen auch, dass wir heute schon alle Technologien hätten, damit die Welt klimaneutral sein könnte, ein Pokern auf eine Zukunftstechnologie halten wir für fahrlässig. Hier vor Ort bedeutet dies für uns den Einsatz für härtere Ausschreibeverfahren für ökologische Faktoren und mehr Verpflichtungen für die, die das Klima stärker belasten. Gleichzeitig aber eine Umverteilung, damit einkommensschwächere Familien nicht stärker belastet werden als andere.

a) Mit welchen konkreten 3 Schwerpunkten in diesem Themenbereich würden Sie nach einer erfolgreichen Wahl als erstes starten?

1. Mehr Mitsprache und Stärkung für die Klimaschutzkommission, als Fachgremium und Kreativschmiede.
2. Förderprogramm für Solarmodule in einkommensschwächeren Stadtteilen
3. Strafkatalog für Klimaverfehlungen, die die Stadt verursacht

b) Wie wollen Sie die darin enthaltenen Ziele erreichen?

Wir müssen festhalten, dass wir die Klimaschutzkommission, das Ausrufen des Klimanotstands mit seinen Maßnahmen oder die Baumschutzsatzung nur mit einem Bündnis mit SPD und GRÜNEN erreichen konnten, auch wenn wir nur eine Stimme mehr hatten. Das wird leider im Juni aller Voraussicht schwieriger werden. Wie die Mehrheitsverhältnisse sind, wird für die Erreichung dieser Ziele und dessen Zeitpunkt ausschlaggebend sein. Bei einer rechten Mehrheit wird unser Ziel sein müssen, überhaupt die Klimaschutzkommission und die beschlossene CO₂-Reduzierung zu verteidigen.

c) Wie könnte der Zeitplan dafür aussehen?

Siehe b)

3. Welche konkreten operativen Möglichkeiten sieht Ihre Partei für die direkte Beteiligung der Bürgerschaft?

Bürger*innenbeteiligung ist für das Abgreifen von Fördergeldern bei fast allen städtischen Projekten Pflicht. Nicht nur am Beispiel unzureichender Bürger*innenbeteiligung beim „Schartwiesenberg“ und die dort stattgefundenen unrechtmäßigen Kündigungen der Pachtverträge, konnten wir jedoch erleben, dass die Stadt keinerlei Interesse an echter Partizipation ihrer Bürger*innen hat. Hier wäre eine entsprechende Beschwerde- und Aufsichtsperson für die Bürger*innen wichtig, um solche Beschwerden sowie Missstände vor der Stadt aufzuzeigen. Denn operative Möglichkeiten für die



Bürger*innen sind nur dann sinnvoll, wenn sie auch durch Beteiligung reale Veränderungen vornehmen können. Hier sehen wir größere Missstände.

Eine Beteiligung setzt zudem Transparenz der Stadt voraus. Es war in Koblenz ein größeres Projekt, dass der Antrag unserer Fraktion zum „Livestreaming“ der Stadtratssitzungen endlich umgesetzt wurde. Doch noch immer möchte der Stadtrat nicht, dass auch das Abstimmungsverhältnis bei Entscheidungen veröffentlicht wird. Wir werden dran bleiben und daran weiterarbeiten.

Gerade bei Stadtentwicklungsprojekten setzen wir uns nicht nur für eine Beteiligung, sondern für ein Abstimmungsrecht ein. Wir klären regelmäßig über das Anfrage-Recht der Bürger*innen in Stadtratssitzungen auf sowie über die Möglichkeit, Anträge in der Haushaltsberatung stellen zu können.

a) Wie werden Sie den Bürgern Ihre Vorstellungen, Planungen und Projekte anschaulich nahebringen?

Wir haben bei eigenen Anträgen immer den Kontakt zu NGOs oder betroffenen Bürger*innen gesucht. So konnten die NGOs Änderungen beim Antrag zum Klimanotstands einbringen und waren an einen runden Tisch eingeladen worden. Bei Anträgen zum „Schwartwiesengeweg“ oder ähnlichen größeren Missständen waren es die Bürger*innen direkt, die sich an uns gewendet haben. Zudem bieten wir Sprechstunden an und haben eine Webseite. Darüber hinaus bieten wir regelmäßig Stände und Veranstaltungen an.

b) Wie erfassen Sie die Meinungen, Wünsche und Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu den Klimathemen?

In den vergangenen fünf Jahren gab es keinen ökologischen Antrag, den wir abgelehnt haben (Ausnahme: Den Antrag, die Sozialbauquote für energetische Sanierung zu streichen, haben wir massiv kritisiert). Darüber hinaus sind wir stets mit unseren Wähler*innen, Genoss*innen sowie allen interessierten Bürger*innen im Gespräch – in Sprechstunden, Veranstaltungen usw. und können uns so ein Bild davon machen, was sie hinsichtlich Klimathemen bewegt. Wichtig ist uns auch, wissenschaftliche Expertise einzuholen, Umfragen, Gutachten sowie Fachliteratur zu lesen. Grundsätzlich gilt für uns, dass sich alle NGOs und Bürger*innen jederzeit an die Partei und an die Fraktion wenden können. Da wir in verschiedenen Bündnissen zusammensitzen, sind die Kommunikationswege hier kurz – wir können uns direkt austauschen und uns ausführlich mit den Belangen der Bündnisbeteiligten auseinandersetzen. Probleme treten vor allem dort auf, wo es aus unserer Sicht ein härteres Vorgehen gegen den Oberbürgermeister für Klimaschutzfragen geben müsste. Denn dann finden wir selten eine Mehrheit im Stadtrat.

c) Wie können Ehrenamtler*innen (lokale Initiativen, NGOs, etc.) stärker in politische Entscheidungsprozesse vorbereitend einbezogen werden?

Was hier möglich ist und wo Grenzen gesetzt sind, wird von den Gemeindeordnungen vorgegeben. Wir sehen jedoch Möglichkeiten für eine Stärkung der Beteiligung und fordern diese auch explizit ein. Beispiele hierfür sind u.a.: Die Anpassung im Rederecht, Expert*innenanhörungen oder Verbesserungen in der Klimaschutzkommission. Das Abstimmungsrecht ist nach unserer internen Abfragung nur mit einer entsprechenden Änderung auf Landesebene möglich. Eine Ausnahme bildet hier der Bürgerentscheid mit den entsprechend hohen Hürden.



An dieser Stelle ist es uns ein Anliegen folgendes anzumerken: Dass hier in der Fragestellung mit „Ehrenämter*innen“ weder Stadträt*innen noch Parteimitglieder gemeint sind, ist ein Problem. Stadträt*innen üben ihre Arbeit ehrenamtlich aus! Eine Zusammenarbeit zwischen NGOs und Entscheidungsträger*innen der Parteien/Fraktionen funktioniert nur dann nachhaltig, wenn die NGOs und lokale Initiativen auch ihrerseits politische Ehrenämter*innen an ihren Diskursen teilnehmen lassen. Allem verständlichen Misstrauen zum Trotz.

Verkehr

Der Stadtrat hat mit dem Masterplan Koblenz sowie mit dem Verkehrsentwicklungsplan einstimmig beschlossen, den Pkw-Druck in der Innenstadt zu verringern.

a) Unterstützen Sie das Ziel einer weitestgehend autofreien Innenstadt? Mit welchen Schritten könnten Sie sich diesem Anspruch nähern?

Ja wir unterstützen eine autofreie Innenstadt. Wir fordern die Umsetzung des „Verkehrswende-Plans“ von den Koblenzer NGOs, an welchen auch unsere Genoss*innen mitgearbeitet haben. Gleichzeitig fordern wir unter anderem:

1. Eine schrittweise Einführung u.a. mit autofreien Sonntagen in der Innenstadt
2. Saarkreisel unterirdisch verlegen und eine Anlegung eines Parks als grüne Lunge in Koblenz
3. Innenstadtkerne in Stadtteilen von Koblenz ebenfalls mit einem Plan zur autofreien Zukunft versehen

b) Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen ... um in Koblenz auch den im Landesnahverkehrsgesetz (NVG RP) vorgesehenen Vorrang des ÖPNV herzustellen und ... um den ÖPNV zuverlässiger – Anschlusssicherheit an den Umsteigepunkten – zu gestalten sowie auf seinen Linienwegen entsprechend zu beschleunigen?

Mit unserem großen Erfolg, der Einführung eines „Sozialtickets“, erhoffen wir uns eine erhöhte Nutzung des ÖPNVS. Wir möchten zudem das unfaire Wabensystem aufheben. Unser langfristiges Ziel ist jedoch, den gesamten ÖPNV kostenfrei zu gestalten, weil wir Mobilität als Daseinsvorsorge betrachten.

Wir fordern die Nutzung von „Smartcity“-Aspekten, damit die reale Ankunft der Busse angezeigt wird und nicht die Uhrzeiten, die eh selten stimmen. Mit der Rekommunalisierung des ÖPNVs ist die Stadt in die richtige Richtung gegangen. Es müssen jedoch verstärkt Verhandlungen mit den Kreisen unternommen werden, damit nicht nur KOVEB, sondern Koblenz als Regiopol ÖPNV attraktiv gestaltet wird. Zudem wird der ÖPNV dann attraktiv, wenn auch die äußeren Stadtteile und die angrenzenden Verbandsgemeinden erreicht werden können und miteinander gut vernetzt sind. Wir fordern, dass auch die Seilbahn in das ÖPNV-Netz aufgenommen wird, genauso wie Flussbusse. Barrierefreiheit und Verbesserungen in der Beschilderung sind für uns genauso Pflichtforderungen wie attraktive Bushaltestellen mit Dachbegrünung und WLAN. Insgesamt wollen wir den Umweltverbund aus Fußverkehr, Fahrrad und ÖPNV stärken, sodass eine Angewiesenheit auf ein eigenes Auto obsolet wird.



- c) **Die Situation auf der Balduinbrücke ist für Verkehrsteilnehmende ob des engen Querschnitts konfliktreich und oft gefährlich. Unterstützen Sie eine grundlegende Verbesserung wie bspw. die Belassung des Rad- und Busverkehrs bei Herausnahme des gesamten MIV oder bei einer 1:0-Wechselverkehrsführung für den MIV: vormittags nur stadteinwärts und nachmittags stadtauswärts?**

Wir befürworten die Herausnahme des gesamten MIV. Die Anbindung über die Europabrücke ist ein zumutbarer Umweg für den MIV.

- d) **Unterstützen Sie für ein möglichst sicheres, rasches und komfortables Vorankommen soweit möglich die Trennung von Fußverkehr, Radverkehr, Autoverkehr und ÖPNV, um das Konfliktpotential zwischen den unterschiedlichen Verkehrsarten zu reduzieren?**

Nein, nicht zwingend: „Shared Spaces“ können sinnvolle Alternativen sein, wenn an gegebenen Stellen Sicherheitsaspekte bedacht werden. Gleichzeitig kann es Sinn machen, Straßen möglichst MIV unattraktiv zu gestalten, damit die angedachten Verkehrswege genutzt werden. Dies kann als Zwischenlösung in manchen Fällen sinnvoll sein. Das Beispiel „Casinostraße“ zeigt, wie toxisch männlich die Debatten hier geführt werden können.

Energie

- a) **Wie werden Sie Ihren Einfluss auf die Gesellschaften und Eigenbetriebe der Stadt Koblenz (z.B. evm AG) mit Priorität auf die Gewinnung erneuerbarer Energien (Solarthermie, PV-Anlagen, Geothermie, Fluss- und Abwasserwärme, Windkraftanlagen etc.) und/oder die Verminderung von Treibhausgasemissionen ausüben?**

Wir sind leider als Fraktion zu klein, um in der Gesellschafter EVM AG zu sitzen. Gleichzeitig, da es eine Aktiengesellschaft ist, haben wir als Stadtrat dort kein Antragsrecht.

Wir sitzen aber in den Stadtwerken und in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Hier beziehen alle ihre Energie aus erneuerbaren Energien. Das ist für uns kein Grund zur Freude, da die Energie vornehmlich aus Wasserkraftwerken kommt und diese schlecht für die Ökologie ist. Wir fordern in allen Gremien, dass wir hier auf ökologischere Alternativen zurückgreifen.

- b) **Bis zu welchem Zeitpunkt sollte Ihrer Einschätzung nach die energetische Sanierung der kommunalen Gebäude fertig gestellt sein? Wie werden Sie Bevölkerung und Wirtschaft dabei unterstützen, Gebäude energetisch zu sanieren und erneuerbare Energien zu produzieren?**

Aus unserer Sicht passiert keine wirkliche energetische Sanierung, so wie wir sie es uns wünschen und vorstellen. Wir würden dann von energetischer Sanierung sprechen, wenn eine Kombination von Fassadenbegrünung, PV-Anlagen, Brunnenanlagen und ausgiebiger Dachbegrünung angestrebt werden würde. Wir halten trotz aller Widrigkeiten am 50%-Ziel bis zum Jahr 2030 fest.

Wir fordern kostenfreie Energieberatungsstellen, die „iSFP“ (individuelle Sanierungsfahrplan) ausstellen dürfen mit einer Kombination der Beratung für entsprechende Fördergelder. Gleichzeitig möchten wir durch eine Etablierung von einem Bodenfonds ein Haushaltsfonds der Stadt Koblenz gründen, um damit durch die „Koblenz Wohnbau“ großflächig energetisch sanieren zu können. Wir fordern zudem Genossenschaftsbildungen für größere private Solarmodul-Besitzer*innen und eine Zweckgemeinschaft nachhaltiger Energieerzeuger*innen im Regiopol Koblenz.



Ernährung

Die Außer-Haus-Verpflegung (Schulen, Kitas, Krankenhäuser etc.) hat ein großes Potential. Viele Menschen achten auf eine klimabewusste und global gerechte Ernährungsweise. Ein höchst wichtiger Beitrag ist das zunehmende Angebot einer pflanzenbasierten, fleischarmen Kost.

- a) Werden Sie sich dafür stark machen, dass bei kommunalen Verpflegungsangeboten, wie für Kitas, Schulen, Krankenhäusern und weiteren Verpflegungseinrichtungen, der Anteil an fair gehandelten sowie regionalen Produkten und Biolebensmitteln -analog zum Öko-Aktionsplan Rheinland-Pfalz -verpflichtend auf 30 %, bezogen auf den Gesamtwareneinsatz eines vierwöchigen Speiseplans, erhöht wird? Wenn ja, wie setzen Sie dies um?**

Ja, werden wir. Wir sind durch das Ausrufen zu einer „Fairtrade“- Stadt nur einen winzigen Schritt zur Verbesserung gegangen. Das kann dadurch erreicht werden, dass gemeinsam mit den Nachbar-Kreisen Zweckgemeinschaften für entsprechende Einkäufe gegründet wird. Wir sehen an dieser Stelle vor allem die bessere Finanzierung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in der Verantwortung. Wir tragen keine Erhöhung von Mensagebühren mit, die einseitig einkommensschwächere Familien stärker belasten. Unser Ziel muss die kostenfreie gute Ernährung in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sein.

- b) Wie erreichen Sie einen hohen Anteil an pflanzenbasierten, fleischarmen Essen?**

Wir fordern keinen Veggie-Day, sondern einen Tag in der Woche, wo es überhaupt noch Fleisch gibt. Pflanzenbasiertes Essen sollte die Alltagsnormalität sein.

- c) Setzen Sie sich dafür ein, eine zuständige Stelle für das Thema ‚Nachhaltige Ernährung in der Stadt Koblenz‘ zu schaffen, die u.a. eine kommunale Ernährungsstrategie erarbeitet?**

Nachhaltige Ernährung und eine kommunale Ernährungsstrategie sind wichtige Themen und wir sind für die Schaffung einer solchen Stelle. An erster Stelle sehen wir die Aufgabe, dass es uns gelingen muss, die „Tafel“ und „Küfa“ aus dem Ehrenamt zu holen. Dies wird nicht ohne Kapitalismuskritik gehen und eine es wäre aus unserer Sicht besonders wichtig, wenn eine solche Stelle soziale Aspekte sowie die Bedingungen des Wirtschaftens strukturell mitbedenkt.

- d) Mit welchen Maßnahmen möchten Sie regionale Wertschöpfungsketten für Lebensmittel stärken?**

Mit einem Punkteplan, der regionale Wertschöpfungsketten sichtbar für die Verbraucher*innen macht. Die Stadt kann hier als seriöse Quelle dienen und gleichzeitig als Positiv-Beispiel regionale Produkte stärken. Als Großveranstalter*in für Events muss Koblenz stärker in die Verantwortung genommen werden.



Klimaschutz und Klimaanpassung

- a) Unser Waldökosystem ist ein hauptsächlicher Schutzfaktor in unserer kommunalen Klimapolitik (Kohlenstoffspeicher, Wasserspeicher, Artenschutz). Werden Sie die neue ökologische Waldzertifizierung unterstützen und die nationalen und europäischen Waldschutzgebiete dauerhaft sichern?**

Ja, auch vergangene Anträge zu Waldzertifizierung wurden immer mit uns positiv getragen.

- b) Bund und Land empfehlen Hitzeschutzkonzepte für alle kommunalen Einrichtungen bis 2025. Welche Maßnahmen für ein solches Hitzeschutzkonzept erachten Sie als vorrangig?**

Wir haben nicht nur die städtische Verwaltungs-Vorlage zum Hitzeschutzkonzept begleitet, sondern einen eigenen Antrag zur Erweiterung kostenfreier Frischwasserangebote und Brunnen gestellt. Vorrangig sind für uns nicht nur weitere Entsiegelungen (vor allem am Zentralplatz), sondern auch soziale Perspektiven. Beispielsweise sind von Obdachlosigkeit betroffene Menschen in besonderen Maßen Leidtragende und müssen Berücksichtigung in Hitzeschutzkonzepten finden.

- c) Der Stadtrat hat am 24.03.2022 das Regenwassermanagementkonzept beschlossen. Mit welchen Maßnahmen / Projekten würden Sie beginnen? Wie wollen Sie Bevölkerung und Wirtschaft darin unterstützen, Entsiegelungsmaßnahmen vorzunehmen?**

Das Regenwassermanagementkonzept sieht im Kern eine generelle Entsiegelung vor. Aus unserer Sicht fehlen der Stadt hierzu vor allem positive Beispiele – das schreckt die Wirtschaft und auch manche Bürger*innen ab. Der Zentralplatz wäre aus unserer Sicht ein perfektes Beispiel. Die Baumaßnahmen könnten beispielsweise im Sommer geschehen, da es dann meist zu heiß, als dass die Baumaßnahmen viele stören würden. Gleiches gilt für die Fassadenbegrünung und den Moosbehang an öffentlichen Mauern. Als Tourismus-Stadt können solche Maßnahmen als Positiv-Faktoren betrachtet werden und sollten auch in diesem Sinne beworben werden. Gute Beispiele für Bürger*innen findet man u.a. in Andernach: Hier sind nicht nur öffentliche Gärten zu finden, sondern auch Dauerausstellungen von Temperaturen, die einen Vergleich ermöglichen z.B. zwischen der Temperatur eines Schottergartens zu einem begrünten. Auf diese Weise kann auch zur Aufklärung von Mitbürger*innen beigetragen werden.

- d) Werden Sie Biodiversität in der Stadt (Grünflächen, Baumbestände, Bebauung) und grundsätzlich Lebensräume und Habitate erhalten und fördern? Welche Maßnahmen schlagen Sie hierzu vor?**

Biodiversität ist für den Artenerhalt unablässig. Dazu gehört, dass der Mensch sich auch zurücknehmen muss. Wir schlagen hier freie Habitate vor, damit beispielsweise ungestörtes Nisten möglich ist. Eine solche Umsetzung wollen wir nicht durch Absperrungen verwirklichen, sondern mit Erklär-Tafeln. So können die Habitate mit entsprechend limitierten Pfaden zur politischen und allgemeinen Bildung beitragen.

Wir haben erfolgreich in den Haushaltsberatungen die Etablierung einer „Essbaren Stadt“ eingebracht. Dies ist in Lay als Pilotprojekt gestartet und wir hoffen auf eine breite Anwendung. Grünflächen sollen aus unserer Sicht nicht nur mit Zierpflanzen bedacht werden, sondern für die



Bürger*innen mit Nutzpflanzen wieder erlebbar und nahbar gemacht werden. Wir fördern zudem Projekte für Gemeinschaft-Gärten.

Bebauungen können, wie bereits bei den vorhergehenden Punkten beschrieben, mit Fassadenbegrünung, Dachbegrünung, aber auch mit Dachbewaldung einhergehen.

Erschreckend mussten wir feststellen, dass wir die einzige Fraktion waren, die gegen Kunstrasen am „Schwartwiesenweg“ gestimmt hat.

e) Wie werden Sie der regionalen Wirtschaft helfen, klimaneutral zu werden?

Nach der Rechnung im Umweltausschuss können wir mit den möglichen Solarflächen nicht den Energiebedarf innerhalb von Koblenz decken. Deswegen hat die Stadt Koblenz einen Zweckverband gegründet, um daran gemeinsam zu arbeiten. Gleichzeitig vertreten wir als Linke nicht die Position „Koblenz first“. Klimaschutz hört nicht an den Stadtgrenzen auf, deswegen sind wir im ständigen Austausch mit unseren Nachbarverbänden.

f) Wie könnte die Koblenzer Klimaschutzkommission Ihrer Ansicht nach so verändert werden, dass sie effektiver arbeitet, etwa in Form sektoraler Arbeitsgruppen?

Aus unserer Sicht ist das größte Problem Stolz. Die Leitung müsste nicht vom Oberbürgermeister geführt werden, auch müssten die Fraktionen nicht drinsitzen. Beides wäre eher Machtabgabe und mehr eine Prestigeaufgabe. Wir würden es dennoch sofort mittragen. Die Etablierung der Klimaschutzkommission, wie sie heute existiert, war ein Kompromiss, um von den Antragsstellenden Fraktionen des Klimanotstands (GRÜNE, SPD, LINKE-PARTEI) abzulenken.

Unserer Ansicht nach könnte folgende Aufstellung funktionieren, welche auch in Einstimmung mit der Gemeindeordnung steht:

1. Vorsitz: Ein Mensch aus der Wissenschaft (Professor*in + wird vergütet)

- Alle nicht kommerziellen NGOs dürfen eine Liste einreichen.
- Anzahl: Standardgröße eines kommunalen Ausschusses (ändert sich regelmäßig, 2019-2024 = 17 Personen)
- Diese Liste wird dann vom Stadtrat ernannt.
- Aufstellung und Arbeitsweisen dieses Gremiums können vom Gremium selbst bestimmt werden: Wie sie Arbeitsgruppen gründet, welche Expert*innen sie dazu benennen will usw. – das weiß das Gremium am besten.
- Eine einfache Mehrheit dieser Liste bestimmt, ob ein selbst erarbeitender Antrag den weiteren Gremienweg eingeht.

(Das ist durch zwei Wege in der Gemeindeordnung möglich 1. Die Verwaltung verpflichtet sich den Antrag als Tischvorlage vorzulegen oder 2. Der Ältestenrat verpflichtet sich, dass die Fraktionsvorsitzenden die Einbringung unterschreiben. Beides unorthodox und wird vielen nicht gefallen.)

Eure Linke. Teilen statt spalten! Am 9. Juni Die Linke wählen